

Die „Laibacher Zeitung“ erscheint, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, täglich, und kostet sammt den Beilagen im Comptoir ganzjährig 11 fl., halb-jährig 5 fl. 50 kr., mit Kreuzband im Comptoir ganzj. 12 fl., halbj. 6 fl. Für die Zustellung in's Haus sind halbj. 50 kr. mehr zu entrichten. Mit der Post portofrei ganzj., unter Kreuzband und ge-druckter Adresse 15 fl., halbj. 7 fl. 50 kr.



Insertionsgebühr für eine Garmond-Spaltenszeit ober den Raum derselben, ist für 1malige Einschaltung 6 kr., für 2malige 8 kr., für 3malige 10 kr. u. s. w. Zu diesen Gebühren ist noch der Insertions-Stempel per 30 kr. für eine jedesmalige Einschaltung hinzu zu rechnen. Inserate bis 10 Zeilen kosten 1 fl. 90 kr. für 3 Mal, 1 fl. 40 kr. für 2 Mal und 90 kr. für 1 Mal (mit Inbegriff des Insertionsstempels).

Laibacher Zeitung.

Mit 1. März

beginnt ein neues Abonnement auf die

„Laibacher Zeitung“

nebst

„Blätter aus Krain.“

Der Pränumerations-Preis beträgt für die Zeit vom 1. März bis Ende Juni 1865:

Im Comptoir offen	3 fl. 67 kr.
Im Comptoir unter Couvert	4 „ — „
Für Laibach in's Haus zugestellt	4 „ — „
Mit Post unter Kreuzband	5 „ — „

Vom 1. März bis Ende Dezember 1865:

Im Comptoir offen	9 fl. 16 kr.
Im Comptoir unter Couvert	10 „ — „
Für Laibach in's Haus zugestellt	10 „ — „
Mit Post unter Kreuzband	12 „ 50 „

Ign. v. Kleinmayr & F. Bamberg.

Amlicher Theil.

S. i. l. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 13. Februar d. J. zum Dompropste an dem Kathedralekapitel zu Trient den dortigen Domherrn Johann Zwergler allergnädigst zu ernennen geruht.

Das Ministerium für Handel und Volkswirthschaft hat die Wiederwahl des Moisé Vita Jacur zum Präsidenten und des Vincenz Zatta zum Vize-Präsidenten der Handels- und Gewerbekammer in Padua bestätigt.

Nichtamtlicher Theil.

Laibach, 24. Februar.

Das Abgeordnetenhaus hat den Antrag des Grafen Brinco, den Finanzausschuß aufzufordern, an das Haus darüber Bericht zu erstatten, „ob und inwie- weit mit Rücksicht auf die von dem Finanzminister bei Vorlage des Staatsvoranschlages Namens des Gesamt-Ministeriums abgegebene Erklärung — zur Erzielung umfassender Ersparungen die Feststellung der Zifferansätze der Finanzgesetze für die Jahre 1865 und 1866 ausnahmsweise in einer von der bisherigen abweichenden Form im Wege der Vereinbarung mit der Regierung vorzunehmen wäre“, mit großer Ma- jorität angenommen.

Es hat damit den klarsten Beweis geliefert, daß es ihm ernstlichst darum zu thun sei, Konflikte zu vermeiden und ein Einverständnis mit der Regierung über die möglichste Herabminderung des Defizits im heurigen und im kommenden Jahre zu erreichen. Die Sache wurde in die Hand des Finanzausschusses ge- legt, und es ist diesem die Möglichkeit gegeben, den Weg wieder einzuschlagen, welcher — wir wollen hier davon absehen durch weissen Schuld immer — bis- her nicht eingeschlagen wurde.

In Folge dieses Beschlusses hat nun der Staats- minister v. Schmerling eine Note an den Finanz- ausschuß gerichtet, in welcher dieser aufgefordert wird, die Spezial-Berathung des letztgedachten Voranschlages für so lange einzustellen, bis das Abgeordnetenhaus darüber Beschluß gefaßt haben wird, ob die bisher übliche Behandlung bei Feststellung des Staatsvor- anschlages beibehalten, rücksichtlich fortgesetzt werde, oder ob eine veränderte plazzugreifen habe.

„Sollte aber wider Vermuthen,“ so heißt es in der Note weiter, „der Finanzausschuß dieser Anschau- ung nicht beistimmen, sondern beschließen, ungeachtet des in Mitte liegenden heutigen Beschlusses mit der Spezialberathung des Staatsvoranschlages für das Jahr 1865 fortzufahren, so habe ich im Namen der kaiserlichen Regierung die Erklärung abzugeben, daß

die Minister und andere Regierungsvertreter ihre Btheiligung an dieser Detailberathung so lange nicht eintreten lassen können und werden, als nicht das Abgeordnetenhaus beschlossen haben wird, welche Art der Behandlung des Staatsvoranschlages für das Jahr 1865 künftig stattfinden habe.“

Der Finanzausschuß hat hierauf beschlossen, die nächste Sitzung ohne Anwesenheit der Minister abzu- halten, und in derselben die Fragen zu formuliren, welche an das Ministerium gestellt werden sollen. (Siehe Telegramm.)

Hoffentlich gelingt es, die Budget-Frage einer glücklichen Lösung zuzuführen, damit keine preussischen budgetlosen Zustände bei uns eintreten.

5. Sitzung des Herrenhauses

vom 23. Februar.

Präsident: Fürst Carlos Auersperg.

Auf der Ministerbank: Mensdorff, Mecséry, Fleuer, Burger, Frank, Radaabdy; Sektionschef Katsch- berg, Ministerialrath im Finanzministerium Dessary.

Präsident widmet dem hingeschiedenen Grafen Hartig, Mitglied dieses Hauses, einen warmen Nachruf. (Das Haus erhebt sich zum Zeichen der Trauer.)

Es wird eine Zuschrift des Staatsministers ver- lesen, in welcher Graf Anton Brandis in das Her- renhaus einberufen wird. — Graf Brandis leistet sofort das Gelöbniß.

Der Finanzminister legt das Budget für 1866 vor. Zuschriften des Präsidiums des Abgeordneten- hauses beziehen sich auf die an das Herrenhaus ge- langten Gesetzesvorlagen.

Der Gesetzentwurf über die Herabminderung der Personalsteuern wird an die Finanzkommission zur Berichterstattung gewiesen, dagegen wird zur Ber- atung des Gesetzentwurfes über den periodischen Per- sonentransport eine eigene Kommission von sieben Mitgliedern gewählt. An diese Kommission wird auch das Gesetz über die Abänderung einiger Paragraphe des Marken- und Musterschutzgesetzes zur Vorbera-

Feuilleton.

Laibacher Plaudereien.

(Kontraste — Ein Projekt, das noch immer der Aus- führung harret — Der fetter Donnerstag — Karneval- stische Wochenchau — Narrenabend und Corsofahrt — Vom Theater.)

Wer ein Freund von Kontrasten ist, dem muß diese Woche besonders gefallen haben. Morgens Nebel, Mittags Sonnenschein; der Himmel blau, die Erde weiß; die Luft lau, Flur und Feld frosterstarrt; oben Frühling unten Winter — das sind doch ekk- tante Gegensätze! Aber die Paar schönen Tage — man sollte sie roth anstreichen im Kalender — wie thaten sie wohl! Husten und Strauchen, jeder für sich oder beide im Verein mit Fieber als epidemische Grippe, durch Nachtschwärmereien und andere dem Organismus zugefügte Insulten begünstigt, erscheinen gemildert. Die Brust athmete auf, wie nach langem Drucke, und der Mensch versuchte eine Promenade, dort, wo der Schneeschaufler Sonnenstrahl am fleißig- sten gearbeitet. Der Weg längs des Casinogartens wird am meisten aufgesucht. Hätte uns der Tod den Bürgermeister Ambrosch nicht geraubt, so wäre das projektirte breite Trottoir hier längst hergestellt und der Platz für eine prächtige Frühjahrspromenade geschaffen worden. Ob das Projekt jemals ausge- führt werden wird?

Die Tage des Faschings sind gezählt; nur noch vier Tage und er tritt ab von der Schaubühne. Aber,

wie man einen scheidenden Freund im letzten Augen- blicke um so zärtlicher umfaßt, so beeilt man sich, auch die letzten Tage des Faschings zu genießen. Der fetter „Donnerstag“ mag seinen Namen daher haben, daß man von diesem Tage an sich vorbereitet auf die bevorstehende Enthaltung vom Fleische. „Memento Carnevale“ tönt es in die Ohren und man ist, so viel und so gut man essen kann. Essen und Trinken gehört ja unbedingt zu den Faschingslustbarkeiten; wer nicht essen und trinken kann, ist ein kranker, trauriger Mann.

Um nun die letzten Tage des Faschings recht froh und heiter zuzubringen, braucht man nicht gerade mit dem Vergnügungszuge nach Wien zu reisen; es gibt hier Vergnügungen genug. Die ganze letzte Woche ließ ja einem kaum zu Athem kommen. Da war vorigen Samstag die Pledertafel der philharmonischen Gesellschaft, die, obgleich an humoristischen Momenten ihren Vorgängerinnen nachstehend, dennoch viel Unter- haltung gewährte und erst lange nach Mitternacht endete; da war Sonntags die Tanzunterhaltung auf der Schießstätte, die wieder sehr glänzend ausfiel; da war Montags das Tanzkränzchen des mexikanischen Offizierkorps auf dem Bahnhofe, wie immer sehr ge- mütlich; da war Dinstags der sehr hübsche Chargen- ball des Artillerie-Regiments, dem Mittwochs der ebenso hübsche Chargenball des Regiments Ludwig folgte; Mittwochs fand auch der vorletzte Ball im Casino Statt, der sich wiederum höchst brillant gestaltete; Donnerstag veranstalteten die Chargen des mexika- nischen Freiwilligenkorps eine Unterhaltung, die an Man- nigfaltigkeit und Abwechslung ihres Gleichen suchte; und selbst der Freitag gestern bot keine Ruhe, denn

da galt es die letzten Vorbereitungen für den heute stattfindenden Narrenabend zu treffen.

Ohne Zweifel wird der heurige Narrenabend noch glänzender ausfallen als der vorjährige, wenigstens versprechen dieß die vom Comité in Szene gesetzten Pöccen, die ungemein glücklich gewählt sind und jeden- falls die ungeheuerste Heiterkeit hervorrufen dürften. Wie es heuer mit der Corsofahrt — der gefährlichen Blüthe des Südens — aussehn wird, können wir nicht sagen. So viel wir hörten wird, wenn das Wetter günstig ist, eine große Btheiligung stattfin- den; ist es dagegen ungünstig, so beabsichtigt man „in den maßgebenden Kreisen“, sich ferne zu halten. Wir sind mit diesem Entschlusse ganz einverstanden, denn eine Corsofahrt bei Schnee, Kälte und Vora ist nichts weniger als ein Vergnügen.

Je höher die Wogen des Faschings gehen, um so stiller geht es im Theater zu. Nur der vaterlän- dische Grafel, der „Sicherl“, der im Leben die Leute auszog, war der Magnet, welcher ein höchst zahl- reiches Publikum anzog. Er machte somit im Theater gut, was er in der Welt sündigte. Damit soll indeß seine Berechtigung, auf der Bühne zu erscheinen, durchaus nicht dargehan werden. Nach Schluß des Faschings wird sich das Interesse wieder mehr dem Theater zuwenden, und erwartet man, daß die Di- rektion die berechtigten Erwartungen befriedigen wird. So viel wir hören, wird die Operette „Flotte Barsche“ endlich zur Aufführung kommen, und soll auch für die ersten Wochen der Fastenzeit ein Gastspiel des Frl. Norweg-Zappe vom Ugramer Theater in Aussicht stehen. Das wäre wenigstens Etwas!

thung gewiesen. In diese Kommission werden gewählt: Graf Hoyos, Graf Lodron, Fürst Salm, Fürst Paar, Graf Wickenburg, Baron Kraus, FZM. Graf Thurn.

Der Bericht der Staatsschulden-Kontrollkommission und die daran geknüpften Anträge und Wünsche des Abgeordnetenhauses werden ebenfalls an eine eigene Kommission von sieben Mitgliedern verwiesen. In dieselbe werden gewählt: Freiherr von Hennek, Graf Mensdorff, Freiherr Pipig, Graf Leo Thun, Graf Larisch, Freiherr v. Lichtenfels und Freiherr v. Münch. Freiherr v. Baumgartner übergibt Petitionen der südnorddeutschen und der Elisabeth-Westbahn in Angelegenheiten ihrer staatlichen Subvention (die Petitionen werden der Petitionskommission zugewiesen).

Fürst Jablonowski und Baron Komarszkan überreichen gleichfalls Petitionen, von denen jene sämtlicher Branntweinbrenner des Kolomäer Kreises vollinhaltlich vorgelesen wird. — Die sehr umfangreiche Petition erregt stellenweise große Heiterkeit. Die Petenten bitten um die Rückkehr zur Maischraumsteuer.

Fürst Taxis überreicht eine Petition der k. k. patriotisch-ökonomischen Gesellschaft in Böhmen, welche sich gleichfalls auf die Spiritussteuer bezieht. Auch diese Petition wird ganz verlesen, sie befürwortet neben der Erhöhung der Exportbonifikation auch die Steuerermäßigung.

Fürst Jablonowski überreicht eine ganz ähnliche Petition und behält sich vor, darauf zurückzukommen.

Es wird zur Tagesordnung übergegangen. Erster Gegenstand derselben ist der Bericht der Finanzkommission des Herrenhauses, betreffend die Aufhebung der Anordnung des §. 262 der Zoll- und Staatsmonopolordnung. — Berichterstatter ist Freiherr v. Kueskafer. — Die Kommission stellt den Antrag, das hohe Haus wolle beschließen: dem Beschlusse des Abgeordnetenhauses werde beigetreten.

In der Generaldebatte nimmt Graf Wickenburg das Wort. Zwecklose Kontrollmaßregeln, welche unter einem andern System entstanden und thatsächlich schon nicht mehr gelten, auch formell aufzuheben, sei gewiß sehr wünschenswerth und er trete dem Gesetze bei.

Nachdem Niemand mehr das Wort ergreift, wird die Generaldebatte geschlossen und zur Spezialdebatte geschritten. Dabei wird der Gesetzentwurf ohne Debatte paragraphenweise angenommen.

Auf Antrag des Referenten wird hierauf auch zur dritten Lesung geschritten und dabei das Gesetz endgültig angenommen.

Zweiter Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht der Finanzkommission des Herrenhauses über die Vorlage, betreffend die in den Häfen der österreichischen Seelüste zu zahlenden Tonnen-, Seesantitäts- und Kontumazgebühren. — Berichterstatter ist Freiherr v. Reyer. — Die Finanzkommission stellt den Antrag, das hohe Haus wolle beschließen: dem im Abgeordnetenhause vereinbarten Gesetze, wie es vorliegt, ohne Aenderung beizutreten.

In der Generaldebatte ergreift abermals Graf Wickenburg das Wort. Er findet die in dem Gesetze enthaltene Reform dem Zwecke vollkommen entsprechend und für die Schifffahrt vortheilhaft und unterstützt den Antrag der Kommission.

Damit ist die Generaldebatte geschlossen und es wird zur Spezialdebatte geschritten.

Das Gesetz wird ohne fernere Debatte in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Präsident schließt die Sitzung um 3 Uhr.

Nächste Sitzung: Morgen.

Tagesordnung: Gesetz wegen Steuernachlaß bei der Branntweinsteuer; Berichte der Petitionskommission.

30. Sitzung des Abgeordnetenhauses

vom 23. Februar.

Auf der Ministerbank: Schmerling, Mecserh, Kleuer, Hein, Burger, Frank; Sektionschef von Rathberg.

Nach Vorlesung des Protokolls und der eingelaufenen Zuschriften ergreift Abg. Berger das Wort, um in seinem und im Namen seiner Gesinnungsgenossen den Obmann des Finanzausschusses zu interpelliren. Er richtet an denselben mit Bezug auf den Antrag des Grafen Brints, dessen erste Lesung auf der Tagesordnung steht, die Fragen: wie weit die Vorberathungen des Staatsvoranschlags pro 1865 gediehen seien, ob es ferner richtig sei, daß von Seite des Finanzausschusses Vereinbarungen mit der Regierung über den Voranschlag anhängig waren und warum dieselben abgebrochen wurden, endlich wie bald der Finanzausschuß in der Lage sein werde, den Bericht über das Budget vor das Haus zu bringen?

Der Obmann des Finanzausschusses Abg. Baron v. Pratobevera weist eingangs seiner Rede auf die Ausdauer und die aufopfernde Thätigkeit des Finanzausschusses hin und erwähnt dann, daß bekanntlich nach Beginn der Sitzung des Finanzausschusses Graf Brints seinen Antrag, welcher eine Vereinbarung mit der Regierung bezweckte, eingebracht hat. Die Ursache des Scheiterns dieser Bemühungen sei darin gelegen, daß während der Finanzausschuß seine Absicht zu erkennen gab, eine Verständigung zum Zwecke der Beseitigung des Defizits herbeizuführen, die Regierung ihrerseits die Verständigung von dem bestimmten Beschlusse des Finanzausschusses abhängig machte, daß für das 1865er Budget Revirements gestattet und die Berathung des Budgets für 1866 von dem Ausschusse dem Hause vorgeschlagen werde. Ungeachtet wiederholter Aufforderung des Finanzausschusses habe die Regierung die Ziffer so lange nicht bekannt geben wollen, als der Finanzausschuß dem Verlangen der Regierung nicht stattgegeben habe. Die Majorität sei darauf nicht eingegangen, da er die Regierung durch Bekanntgebung der Ziffer nicht für gebunden halten konnte, weil sie dieselbe von der Gestaltung des Revirements abhängig gemacht hatte. Redner zeigt hierauf, wie der Ausschuß durch Abstriche an den einzelnen Posten seiner Aufgabe gerecht zu werden sich bemühe und erklärt, daß der Ausschuß über die Intentionen der Regierung bisher vollkommen im Dunkeln geblieben sei. Der größte Theil der Arbeiten sei vollendet und er hoffe, daß in wenigen Wochen der Ausschuß seinen Bericht dem Hause vorlegen könne. Kein Mitglied des Ausschusses werde sich einer Verständigung mit der Regierung verschließen. Wenn die Intentionen der Regierung dem Ausschusse klar und faßbar dargestellt werden, dann müsse es zur Verständigung kommen.

Staatsminister v. Schmerling gibt folgende Erklärung über die von der Regierung im Finanzausschusse gegenüber dem Brints'schen Antrage beobachtete Haltung. Er müsse der Anschauung entgegen treten, als wären jene Anträge, welche sie ihrerseits gestellt hat, nicht greifbar oder ganz nebelhaft gewesen. Die Regierung sei ihrerseits zu Rathe gegangen, welche bis an die Grenze der Möglichkeit reichenden Abstriche in den einzelnen Etats der Verwaltung ausführbar seien, unter der Voraussetzung, daß der geregelte Gang der Verwaltung dadurch keine Beeinträchtigung erleide. Die Regierung erklärte, daß dieser inmitten der Regierung vereinbarte Abstrich ein so beträchtlicher sei, daß das angestrebte Ziel, welches von Seite des Finanzausschusses durch Adoptirung des Brints'schen Antrages gesteckt wird, auch von Seite der Regierung zu erreichen möglich unterstützt werden wird. Allein die Regierung sprach aus, daß dieser Gang nur dann von ihr mit Erfolg betreten werden könne, wenn für einen längeren Zeitraum die Etatsätze festgesetzt seien, weil eine zweckmäßig beschränkte Oekonomie nur dann thunlich sei, wenn man wisse, daß man für eine bestimmte längere Zeit mit minderen Ansätzen sich zu begnügen habe, auf diese aber rechnen könne. Deshalb habe die Regierung ihre Bereitwilligkeit zu einer Reduktion des Erfordernisses ausgesprochen, wenn für einen Zeitraum von zwei Jahren die Positionen acceptirt würden und man innerhalb der Grenzen der einzelnen Ministerien das Revirement zuzugestehen bereit sei. Nicht eine bindende Beschlußfassung über diese Propositionen, sondern nur eine Erörterung über die Tragweite derselben sei von der Regierung im Finanzausschusse beantragt und angestrebt worden. Der Finanzausschuß habe sich aber nicht veranlaßt gefunden, in die Erörterung einzugehen. Die Regierung sei sich bewußt gewesen, daß ein eigentlicher Beschluß von Seite des Finanzausschusses, in einer Richtung nämlich, betreffs der Behandlung des Budgets pro 1866 gar nicht gefaßt werden könne, weil der für das Budget pro 1865 gewählte Ausschuß in eine Behandlung des Budgets pro 1866 nicht eingehen konnte und die Regierung war klar darüber, daß, da ein eigentlicher Beschluß gar nicht gefaßt werden könne, der Finanzausschuß es mit Recht ablehnen würde, in eine Beschlußfassung einzugehen. Allein es wurde, wie gesagt, nicht seine bindende Beschlußfassung gefordert, sondern nur eine Erörterung der beiden Bedingungen. Der Finanzausschuß habe deshalb die weitere Erörterung abgelehnt, weil die Ziffer von Seite der Regierung nicht genannt wurde; die Regierung ihrerseits habe ihre Bereitwilligkeit ausgedrückt, die Ziffer dann zu nennen, wenn in die Erörterung der gestellten Vorbedingungen eingegangen würde. Das sei der Stand der Dinge bei der Behandlung dieser Angelegenheit im Finanzausschusse gewesen.

Wenn von Seite des Obmanns des Finanzausschusses heute in seinem und im Namen dieser Mitglieder des Hauses der lebhafteste Wunsch ausgesprochen wurde, daß eine Vereinbarung in dieser Angelegenheit zu Stande komme, so erkläre er Namens der Regierung, daß dieser Wunsch eben so lebhaft von ihr getheilt werde und daß sie ganz gewiß alles beitragen werde, wenn dieser Gegenstand einer Berathung unterzogen wird, eine angemessene Lösung dieser Angelegenheit herbeizuführen. (Bravo.)

Eintagskönige.

(Schluß.)

In der englischen Geschichte kommen mehrere Eintagskönige vor. Einer von ihnen, der „König der Insel Wight“, findet kaum je in einem Geschichtswerke Erwähnung. Dieser Souverain war Henry Beauchamp, Herzog von Warwick, ein Günstling Heinrich VI., der ihm jenes zwerghafte Königreich schenkte und ihn 1443 mit eigenen Händen krönte. „Der König belehnte ihn außerdem mit dem Schloß Bristol, mit den Inseln Guernsey und Jersey und dem Patronat der Marie-Magdalenenkirche und Priorei zu Goldcliff. Der neue König von Wight bestätigte alle Gaben seiner Vorfahren an die Kirche von Tewkesbury, schenkte alle Schmuckfachen, die er trug, um Kleider für das Kloster daraus machen zu lassen, starb in seinem zweiundzwanzigsten Jahre und wurde in der Mitte des Chors begraben.“ Dies ist Alles, was die Chronik von dem ersten und letzten König der Insel Wight zu erzählen hat. Ob Heinrich I. von Wight, wenn er länger gelebt hätte, von irgend einem der übrigen europäischen Monarchen wohl anerkannt worden wäre?

Soult, der tüchtigste und glücklichste von Napoleon's Marschällen, wurde auf ein Haar zu einem Eintagskönig. Eine Partei hatte ihm die portugiesische Krone zugebracht und er sollte den Namen Nikolaus I. annehmen. Es unterliegt kaum einem Zweifel, daß der tapfere Soldat diesen Plan mit Wohlgefallen betrachtete. In einer Zeitung, die notorisch unter seinem Einflusse stand, wurde eine Adresse an das portugiesische Volk veröffentlicht, welche die Auf-

merksamkeit auf ihn lenken sollte, und bei einer Audienz, die er portugiesischen Bürgern von seiner Partei ertheilte, hielt er eine lange Rede über die Vortheile, die ein französischer König Portugal bringen werde. „Was mich betrifft“, sagte er, „so danke ich Ihnen von Herzen für Ihre günstige Meinung von mir, aber es hängt nicht von mir ab, Ihre Wünsche zu erfüllen.“ Er rechnete übrigens so bestimmt auf seinen Erfolg, daß er bereits Proklamationen in Bereitschaft hielt, von denen einige in falsche Hände geriethen und im Auslande gedruckt wurden. Für die Franzosen, die für Soult wirken wollten, war es ein Glück, daß sie nicht weiter gingen. Einer von Soult's Adjutanten wurde nach Paris beordert. Kaum erschien er vor dem Kaiser, so wurde er mit den heftigsten Vorwürfen überschüttet. „Wären Sie noch einen Schritt weiter gegangen“, sagte Napoleon, „so ließe ich Sie erschießen.“

Der glänzendste und unglücklichste aller Eintagskönige war Joachim Murat. Der beau sabreur der französischen Armee wurde im September 1808 von Napoleon auf den Thron gehoben. Er regierte so gut, als der gebieterische Napoleon es ihm gestattete, mußte aber viele Beleidigungen einstecken, denn der Kaiser nannte ihn gewöhnlich den Theaterkönig oder zur Abwechslung den Kunststreiterkönig. So tief beleidigt Murat dadurch wurde, nahm er an dem Feldzuge in Rußland Theil und zeichnete sich durch so glänzende Thaten aus, daß er zum Abgott der Kosaken wurde. 1813 kehrte er nach Neapel zurück, abermals beleidigt durch Napoleon's Nichtbeachtung seiner Dienste, so daß er sich den Verbündeten gegen Anerkennung seines Rechts auf den neapolitanischen

Thron angeschlossen. Als der Kaiser aber von Elba entkam, erwachte wieder seine alte Bewunderung für seinen großen Schwager, für den er die Waffen ergiff. Ungestim setzte er sein Heer in Bewegung und fiel in Toscana ein. Er war kein Feldherr und seinen Truppen fehlten nichts weniger als alle Eigenschaften zu guten Soldaten. Niederlage folgte auf Niederlage, und als Murat nach Neapel zurückkehrte, fiel auch sein Volk von ihm ab. Am 19. Mai schiffte er sich nach Frankreich ein, wo die erste Nachricht, welche er erhielt, die von der vernichtenden Niederlage bei Waterloo war. —

Nach vielen romantischen Abenteuern und Gefahren gelang es ihm, nach Corsica zu entkommen. Hier war seine Popularität so groß, daß er in kürzester Frist eine Truppe von dreihundert Rekruten ausheben konnte, mit denen er sein Königreich wieder erobern wollte. Unterwegs desertirten aber viele seiner Leute, und als er auf der neapolitanischen Küste landete, sah er sich einer Uebermacht gegenüber. Sein kleines Heer wurde zersprengt und er selbst gefangen genommen. Man stellte ihn vor ein Kriegsgericht, dessen Kompetenz er ohne Erfolg bestritt. In seinen letzten Tagen verrieth le beau sabreur eine Ruhe und Würde, die man in seinen glücklichen Zeiten selten an ihm bemerkt hatte. „Ich gestehe“, sagte er, „daß ich Ferdinand für menschlicher und hochherziger gehalten habe. Ich hätte an seiner Stelle ganz anders gehandelt. Ich betrat Neapel als Besitzer von zwölf Millionen Franken, und nach einer neunjährigen Regierung, die ich nach Kräften zu einer väterlichen zu machen suchte, verließ ich es mit 250.000 Franken. Jetzt in meiner Todesstunde habe

Abg. Graf Brinck: Die Erklärung des Obmann des Finanzausschusses erleichtere ihm die Begründung seines Antrages, da diese aneinandergesetzt, wie dieser Antrag im Finanzausschusse gestellt wurde und welches Schicksal er hatte. Nach der in der letzten Sitzung vom Finanzminister abgegebenen Erklärung glaube er, der Moment sei gekommen, eine Vereinbarung mit der Regierung in der Budgetfrage anzustreben. Er möchte daher bitten, daß sein Antrag ohne fernere Debatte angenommen werde, da er in demselben das Mittel sehe, das allgemein ersehnte Ziel der Vereinbarung anzustreben.

Abg. Kuranda beantragt die Jahre 1865 und 1866 getrennt zur Abstimmung zu bringen und will seinen Antrag begründen.

Präsident bemerkt, dieß sei nicht möglich, da dieß ein anderer Antrag als der des Grafen Brinck wäre und bei der ersten Lesung eine Debatte oder Amendirung des Antrages nicht zulässig sei.

Der Antrag des Grafen Brinck wird mit sehr großer Majorität angenommen.

Es folgen Berichte des Petitionsausschusses. Die Abg. Mende, Dfner und Bsczeskul referiren nacheinander und werden die Anträge des Ausschusses angenommen. Eine Debatte entspinnt sich nun über die Petitionen der Stadtgemeinde Krumau, der Stadt Znaim, des Bezirkes Ober-Hollabrunn und des dortigen landwirthschaftlichen Vereins, welche um die Verbindung der Stadt Znaim durch eine Flügelbahn mit der projektirten Wien-Budweis-Pilsener Bahn petitioniren. Sie beanspruchen, daß dem Konsortium Schwarzenberg-Launa der Bau der Wien-Budweis-Pilsener Bahn respective eine Zinsengarantie nur dann bewilligt werde, wenn das Konsortium auch eine Verbindungsbahn durch das südwestliche Mähren mit Verührung von Znaim herzustellen übernimmt. Der Ausschuß stellt den Antrag, diese Petitionen dem Handelsministerium abzutreten und demselben die Prüfung derselben und der darin angeführten Gründe für Einbeziehung der Stadt Znaim in das Bahnnetz zu empfehlen.

Abg. Giskra befürwortet die Einbeziehung des südwestlichen Theiles von Mähren in das Eisenbahnnetz und die Verbindung der Stadt Znaim mit der projektirten Wien-Budweis-Pilsener Bahn. Ihn unterstützt der Abg. Nyger.

Abg. v. Riese-Stallburg spricht für eine direkte Verbindung von Budweis nach Wien, welche nicht über Mähren führen soll.

Abg. Dr. Pankray beantragt die einfache Abtretung der Petitionen an das Handelsministerium, weil dem Hause noch das Material zur Beurtheilung der Frage fehle.

Bei der Abstimmung wird der Ausschußantrag angenommen.

Nächste Sitzung unbestimmt.

Oesterreich.

Wien, 23. Februar. In der gestrigen Sitzung des Finanzausschusses, in welcher Sr. Erz. der Herr Staatsminister erschienen war, kam das Budget des Unterrichtes zur Verhandlung. Berichterstatter ist Abg. Dr. Herbst. Für den Titel „Schulräthe“ wurden 64.345 fl., also um 1890 fl. mehr als im Vorjahre bewilligt, weil durch die Vermehrung der Mittelschulen in Nie-

derösterreich eine Schulrathstelle neu systemisirt werden mußte. Für den Titel „Staatszuschuß zu Schulanstalten“ beantragt der Referent die Summe von 390.734 fl. Der Staatsminister macht bei dieser Post die Mittheilung, daß die technischen Lehranstalten zu Brünn, Lemberg und Kralau, dann die Handels- und nautische Akademie in Triest unter die Studienanstalten eingereicht worden sind. Bei dem Titel: „Staatszuschuß zu Studienanstalten“ bemerkt der Staatsminister, daß die Gehaltserhöhung bei den theologischen Professoren in Wien, Graz, Prag und Lemberg bereits erfolgt sei. Bei den Lehrern an den Mittelschulen und bei den Professoren an den technischen Lehranstalten werden sie erfolgen, sobald die im Zuge befindliche Reform des technischen Unterrichtes abgeschlossen sein wird. Wegen Gehaltsregulirung der Bibliotheksbeamten habe das Staatsministerium das Nöthige veranlaßt, aber das Finanzministerium war dagegen; die weiteren Verhandlungen sind im Zuge. Bei „Voralberg“ fragt Abg. Wohlwend, ob die an dem Gymnasium zu Feldkirch lehrenden Jesuiten nicht bald zur Ablegung der Lehramtsprüfungen verhalten werden sollen. Er erinnert, daß der Herr Staatsminister dies selber zugesagt habe. Auch habe der Voralberger Landtag einstimmig darum petitionirt. Der Staatsminister erwiederte, daß bis jetzt Hindernisse sich ergeben haben, er aber habe seine Anschauung in dieser Sache durchaus nicht aufgegeben. Bei Dalmatien wird beschlossen: die im vorigen Jahre erfolgte Errichtung von drei neuen Staatsunterrealschulen in Dalmatien zu den daselbst ohnehin schon bestehenden zwei als nicht gerechtfertigt zu erklären, den nach Abzug des Schulgelddertrages von 100 fl. für diese Realschulen sich ergebenden Aufwand mit 11.925 fl. unter die außerordentlichen Ausgaben zu versetzen, das Ministerium aber zu ersuchen, daß es die betreffenden Gemeinden auffordere, vom nächsten Schuljahre anfangen diese Schulen und den sie treffenden Aufwand zu übernehmen, indem dieselben weiterhin auf Staatskosten nicht erhalten werden können. Beim Titel: „Akademien der bildenden Künste“ wurden für die in Wien 58.800 fl. und für die in Venedig 36.142 fl.; für die Zentralkommission zur Erhaltung der Baudenkmale 8000 fl. bewilligt. Für das Denkmal des Prinzen Eugen von Savoyen werden für die Reitergruppe sammt Plinthe, dann für die Bronzeverzierung auf dem Postamente 50.000 fl. bewilligt; für die Enthüllungsfest, welche nach der Erklärung des Staatsministers im Oktober stattfinden wird, werden 10.000 fl. zugestanden. Ebenso werden die zur Streichung beantragten 4200 fl. für das Theresianum bewilligt. Das ganze Kapitel wird im Gesamtbetrage von 3.197.522 fl. angenommen.

ich kein anderes Vermögen als meine Handlungen. Sie sind mein Ruhm und mein Trost.“ Das Todesurtheil hörte Murat an, ohne mit einer Wimper zu zucken. Zum Richtplatze ging er so festen Schrittes, als ob eine Musterung oder eine Parade ihn erwarte. Aufrecht und in stolzer Haltung, das Gesicht den Soldaten zugekehrt, stand er vor dem Sandhaufen. Als alle Vorbereitungen beendet waren, heftete er seine Blicke auf ein Porträt seiner Gemalin, das er in der Hand hielt, und rief den Soldaten zu: „Schont das Gesicht, zielt auf's Herz!“ Die Nachkommen eines Eintagskönigs haben einen der schönsten Throne der Welt bekommen. Friedrich von der Pfalz, von seinen katholischen Feinden als Winterkönig verspottet, hatte sich mit Elisabeth von England, einer Tochter Jakobs I. vermählt. Als nun unter Königin Anna über die englische Thronfolge entschieden werden mußte, war eine Nachkommn Friedrichs und Elisabeths, die Kurfürstin Sophie von Hannover, die einzige Erbin, welche in Betracht kommen konnte. Außer ihr gab es allerdings noch achtundfünfzig Erben der Stuarts, aber alle wurden durch ihren katholischen Glauben von der Thronfolge ausgeschlossen. Mit Georg I. ist die weibliche Linie der Stuarts auf den englischen Thron gestiegen. Der letzte thronfähige Stuart der männlichen Linie, Karl, der Besiegte von Culloden, ist am 30. Jänner 1788 in Rom gestorben. Sein Leben war nach dem Feldzuge von 1745 ein immer unwürdigeres. Der Flasche im höchsten Uebermaß ergeben und seine lichten Augenblicke mit Studien von Nostradamus' Weissagungen ausfüllend, behandelte er seine Gemalin so lange roh, bis sie mit dem Dichter Alfieri davoulief.

derösterreich eine Schulrathstelle neu systemisirt werden mußte. Für den Titel „Staatszuschuß zu Schulanstalten“ beantragt der Referent die Summe von 390.734 fl. Der Staatsminister macht bei dieser Post die Mittheilung, daß die technischen Lehranstalten zu Brünn, Lemberg und Kralau, dann die Handels- und nautische Akademie in Triest unter die Studienanstalten eingereicht worden sind. Bei dem Titel: „Staatszuschuß zu Studienanstalten“ bemerkt der Staatsminister, daß die Gehaltserhöhung bei den theologischen Professoren in Wien, Graz, Prag und Lemberg bereits erfolgt sei. Bei den Lehrern an den Mittelschulen und bei den Professoren an den technischen Lehranstalten werden sie erfolgen, sobald die im Zuge befindliche Reform des technischen Unterrichtes abgeschlossen sein wird. Wegen Gehaltsregulirung der Bibliotheksbeamten habe das Staatsministerium das Nöthige veranlaßt, aber das Finanzministerium war dagegen; die weiteren Verhandlungen sind im Zuge. Bei „Voralberg“ fragt Abg. Wohlwend, ob die an dem Gymnasium zu Feldkirch lehrenden Jesuiten nicht bald zur Ablegung der Lehramtsprüfungen verhalten werden sollen. Er erinnert, daß der Herr Staatsminister dies selber zugesagt habe. Auch habe der Voralberger Landtag einstimmig darum petitionirt. Der Staatsminister erwiederte, daß bis jetzt Hindernisse sich ergeben haben, er aber habe seine Anschauung in dieser Sache durchaus nicht aufgegeben. Bei Dalmatien wird beschlossen: die im vorigen Jahre erfolgte Errichtung von drei neuen Staatsunterrealschulen in Dalmatien zu den daselbst ohnehin schon bestehenden zwei als nicht gerechtfertigt zu erklären, den nach Abzug des Schulgelddertrages von 100 fl. für diese Realschulen sich ergebenden Aufwand mit 11.925 fl. unter die außerordentlichen Ausgaben zu versetzen, das Ministerium aber zu ersuchen, daß es die betreffenden Gemeinden auffordere, vom nächsten Schuljahre anfangen diese Schulen und den sie treffenden Aufwand zu übernehmen, indem dieselben weiterhin auf Staatskosten nicht erhalten werden können. Beim Titel: „Akademien der bildenden Künste“ wurden für die in Wien 58.800 fl. und für die in Venedig 36.142 fl.; für die Zentralkommission zur Erhaltung der Baudenkmale 8000 fl. bewilligt. Für das Denkmal des Prinzen Eugen von Savoyen werden für die Reitergruppe sammt Plinthe, dann für die Bronzeverzierung auf dem Postamente 50.000 fl. bewilligt; für die Enthüllungsfest, welche nach der Erklärung des Staatsministers im Oktober stattfinden wird, werden 10.000 fl. zugestanden. Ebenso werden die zur Streichung beantragten 4200 fl. für das Theresianum bewilligt. Das ganze Kapitel wird im Gesamtbetrage von 3.197.522 fl. angenommen.

Ausland.

Der Bischof v. Ketteler in Mainz hat einen Hirtenbrief erlassen, in welchem er gegen die vielfach versuchten Eingriffe in das Recht der Familie auftritt. „Die Familienfreiheit“, sagt er, „ist der Hort jeder wahren Freiheit. Das Recht der Eltern über ihre Kinder, wie die Pflichten gegen sie, sind die heiligsten Rechte und die heiligsten Pflichten. Alle Freiheit ist zerstört, wenn die Familie nicht mehr frei ist, und alle Rechte sind in Frage gestellt, wenn die Rechte der Eltern nicht mehr sicher stehen.“

Paris, 20. Februar. Die Altentstücke des gelben Buches stimmen in beachtenswerther Genauigkeit mit der Thronrede überein. Alles, was der kaiserlichen Idee bei Eröffnung der Session nicht mehr entsprach, wurde bei Seite gelegt und hat jetzt nur noch Interesse für den Historiker, der den einzelnen Abweichungen der Magnetaedel kaiserlicher Politik genau nachspürt. In diesem Augenblicke herrscht offiziell und schwarz auf weiß die glücklichste Uebereinstimmung zwischen Kaiser und Minister des Auswärtigen. — Es bestätigt sich vollständig, daß die Amerika betreffende Stelle aus der Thronrede gestrichen wurde, weil man gerade die Nachricht von den friedlichen Unterhandlungen zu Fort Monroe, die aber später wieder abgebrochen wurden, erhalten hatte.

Petersburg. Ein Telegramm des „Invaliden“ aus Omsk (westliches Sibirien) vom 18. Februar meldet: Aus Utschar (Kasakentation an der Grenze von China) ist von unserem Konsul die Nachricht eingelangt, daß am 15. Jänner (alten Styls) der Aufstand der Dughanen ausgebrochen sei. Unser Konsul ist mit allen beim Konsulate befindlichen Personen aus der Faktorei abgereist, und hat das Archiv, die Gelder und sonstige Werthsachen mitgenommen. Die Dughanen hatten die Fahrlässigkeit der Mantshuren, welche eben den Neujahrstag feierten, benützt, überfielen die Citadelle und steckten sie in Brand. Unser Konsul ward durch den Chef der chinesischen Behörde noch rechtzeitig von der Gefahr avisirt. Selbst auf der Flucht begriffen, rief er uns zu: „Entfernt euch!“ und verschwand. Der Zuan von Tschugutschaf ließ unsern Konsul bitten, in die Faktorei zurückzukehren, da die Dughanen keinem Fremden etwas zu Leide thun. Für die russische Regierung, bemerkt der „In-

valide“, sei dieses Ereigniß von um so größerer Wichtigkeit, als die Beziehungen mit China dadurch eine sehr nachtheilige Unterbrechung erleiden.

Mexiko, 12. Jänner. Der Kaiser hat soeben eine hochwichtige Verfügung getroffen. Er hat nämlich die von der früheren Regierung bereits ertheilte Konzession der Eisenbahn von Vera-Cruz nach Mexiko unter den Bedingungen ertheilt, welche die öffentliche Meinung dringend forderte. Ursprünglich war diese einer englischen Gesellschaft als eine in Betreff der Zeitdauer unbeschränkte, jetzt ist sie nur auf eine gewisse Reihe von Jahren ertheilt; ursprünglich war der Gesellschaft das ausschließliche Recht, die Tarife festzustellen, bewilligt; die modifizierte Konzession wahr aber der Regierung einen Antheil an diesem Rechte. Der Konzessionär und die Gesellschaft haben sich mit diesen Bedingungen einverstanden erklärt und damit die Verpflichtung übernommen, den Bau der Bahn innerhalb vier Jahren zu vollenden.

Die Belagerungs-Operationen vor Dajaca — denn es wird eine regelmäßige Belagerung stattfinden müssen — haben sich bis jetzt auf Rekognoszirungen der Höhen, die den Platz beherrschen, beschränkt. Die französische Artillerie hat übrigens die Kanonen einer der Forts, welche die Stadt vertheidigen, demontirt. Das Hauptquartier befindet sich zu Gila, wo dieser Tage die bis jetzt noch fehlende schwere Artillerie von Yanhuittan eingetroffen ist. Die Gerüchte von Niederlagen, welche die detachirten Truppen des Expeditionskorps von Dajaca erlitten haben sollen, waren hier stark verbreitet, erwiesen sich aber als unbegründet. Bei Scharmützeln, die bisher stattfanden, zogen die Dissidenten stets den Kürzeren. Der Beginn der regelmäßigen Belagerung von Dajaca hängt von der Ankunft des Marschalls Bazaine ab. — Bei Tiquilpan haben 400 Franzosen über das zehnmal stärkere Korps Arteaga's einen glänzenden Sieg davongetragen. Arteaga selbst entkam in der Richtung von Uruapan, aber sein Stab mit 9 Offizieren ward gefangen; außerdem blieben 9 Gebirgsgeschütze, 1200 Gefangene, reichliche Munition und 10 Fähnlein in den Händen des Siegers, der 16 Mann verlor, während dem Feinde 400 Mann, darunter 2 Generale, getödtet wurden.

Im ganzen Norden des Reiches, von Piedras Negras an bis zum Distrikt von Matamoros ist die Ruhe hergestellt.

Lokal- und Provinzial-Nachrichten.

Laibach, 25. Februar.

Sr. Erzellenz der Herr Statthalter Freiherr von Schloßnigg veröffentlicht im heutigen Amtsblatte einen Aufruf zu milden Beiträgen für die Nothleidenden in Innerkrain.

Zur Feier der Verfassungsverleihung wird Morgen Vormittag um 10 Uhr ein solennes Hochamt mit Te Deum in der hiesigen Domkirche abgehalten.

Am 22. d. Abends wurde beim Casinogebäude ein Damen-Pelztragen gefunden. Die Eigenthümerin wolle sich dießfalls bei der k. l. Polizeidirektion auftragen.

Die populär-wissenschaftlichen Vorträge des Herrn Ritter v. Fritsch werden am 2. März um 7 Uhr Abends in demselben Lokale wieder aufgenommen und in der Fastenzeit in achttägigen Intervallen fortgesetzt.

Karten zu dem heute Abend auf der Schießstätte stattfindenden Karrenabend der Sänger, Turner und Schützen, zu welchem auch die Mitglieder der philharmonischen Gesellschaft, des Casino's und des Schützenvereins eingeladen sind, werden bei Herrn Josef Karinger verabsolgt.

Gestern Morgen brach bei dem Kastenzuge Nr. 134 in der Nähe von Trauerberg ein Rad, in Folge dessen eine Verspätung von vier Stunden eintrat.

Wegen unanständigen Benehmens im städtischen Theater in Triest ist ein Besucher desselben zu einer Geldstrafe von 100 fl. verurtheilt und vier anderen die Ausschließung protokollosisch angedroht worden.

In Klagenfurt wurde der bisher unbekannteste 55jährige Militärabschieder Martin P. aus Bischofsal in Oberkrain wegen des Verbrechens der öffentlichen Gewaltthätigkeit durch gefährliche Drohung (er hatte im Rausche Feuer zu legen gedroht) zu 6 Monaten schweren Kerker verurtheilt.

(Schlußverhandlungen beim k. k. Landesgerichte.)

Zu der nächsten Woche finden bei dem hiesigen k. l. Landesgerichte folgende Schlußverhandlungen Statt: Am 1. März: 1. Simon Drobnic und Margaretha Frau — wegen Betrug; 2. August Kobler — wegen Diebstahl. Am 2. März: 1. Georg Paulin — wegen Diebstahl; 2. Anton Schretnikar — wegen schwerer körperlicher Beschädigung; 3. Gregor Mozina — wegen Diebstahl; 4. Lukas Wilfan — wegen Diebstahl. Am 3. März: 1. Thomas Germ und Genossen — wegen öffentlicher Gewaltthätigkeit; 2. Josef Repic — wegen Diebstahl; 3. Johann Boiska — wegen schwerer körperlicher Beschädigung.

Wiener Nachrichten.

Wien, 24. Februar.

Von Herrn Ludwig Haase sind Briefe aus Vera-Cruz, 23. Dezember, und Mexiko, 9. Jänner, in Prag eingetroffen. Bei der Abreise von Vera-Cruz entgleisten nicht weit von der Stadt auf der Bahn nach Cameron Tender und Lokomotive und stürzten einen Damm herab; Herr Ludwig Haase, der bei dem Unfall unverletzt blieb, kehrte nach Vera-Cruz zurück, von wo er noch denselben Abend (23. Dez.) die Reise nach Mexiko wieder antrat. Hier traf er, nach einigem Aufenthalte in Orizaba und Puebla, am Neujahrstage Abends ohne besonderen Unfall und unbelästigt von Räubern ein, welche jene Gegend sehr unsicher machen; wie denn am 7. Jänner der Obrist Graf Bombelles auf der Rückkehr von Vera-Cruz, wohin er sich zum Empfange der österreichischen Freiwilligen begeben hatte, angehalten und beraubt wurde.

Ein Mechaniker hat ein Instrument erfunden, welches besonders im militärischen Felddienste nützlich sein soll. Dasselbe besteht aus einem Teleskop und einem Reflektor. Das von letzterem aufgefangene Bild spiegelt sich in einer Prisma ab und macht möglich, jede Bewegung feindlicher Truppen wie in einem Spiegel wahrzunehmen.

Auszug

aus dem Protocolle der außerordentlichen Sitzung der „Handels- und Gewerbekammer“ für Krain in Laibach.

am 14. Februar l. J., Nachmittags 5 Uhr.

Unter dem Vorsitze des Kammer-Vize-Präsidenten Herrn Anton Samassa.

Gegenwärtig:

11 Mitglieder und Ersatzmänner.

1. Der Magistrat der Landeshauptstadt Laibach theilt der Kammer mittelst Zuschrift vom 1., zugef. am 8. Februar d. J., Z. 615, mit, daß von den 4 Lehrern der städtischen Knaben-Hauptschule zu St. Jakob in Laibach an den Magistrat ein Gesuch um Ertheilung einer jährlichen Remuneration für den an Sonn- und Feiertagen an die Gewerbslehrlinge zu ertheilenden Unterricht eingebracht wurde.

Die Schulsektion des hiesigen Gemeinderathes hat sich für die Ertheilung der Remuneration für jeden Lehrer mit 50 fl. ausgesprochen, der Gemeinderath aber beschlossen, sich vorläufig mit der Handels- und Gewerbekammer darüber in das Einvernehmen zu setzen, wie viel dieselbe zu diesen Remunerationen, welche sich für die Schuljahre 1862/63 und 1863/64 im Ganzen auf 350 fl., für künftighin aber auf 200 fl. jährlich belaufen würden, beizutragen Willens wäre.

Der Sekretär liest die Zuschrift des Magistrates.

Bei der hierüber eröffneten Debatte erhält zuerst Herr K.-R. Holzner das Wort und bemerkt, daß, bevor man in diesem Gegenstande etwas thue, zu erforschen sei, ob die Kammerkasse die Kräfte besitze, dem Ansinnen des Gemeinderathes zu entsprechen; die Kammer besitze keinen Fond, aus welchem derartige Auslagen bestritten werden können.

Nach einer dießfalls vom Herrn Vorsitzenden erstatteten Aufklärung und nach Mittheilung des Sekretärs, daß nach der ihm Seitens des abwesenden Herrn Kammer-Präsidenten gemachten Eröffnung derselbe, ungeachtet die Kammer im Jahre 1864 das Präliminare nicht nur nicht überschritten, sondern um beiläufig 600 fl. weniger vorausgab hat, bei dem Umstande, als die Handelskammer-Beiträge höchst spärlich eingingen, bereits über 1000 fl. an die Kammer vorgeschossen habe, bemerkt Herr K.-R. Horak, es sei bedauerlich, daß die Herren Kammerer bis jetzt noch nicht in der Lage seien, die Kräfte der Kammer-Kassa zu beurtheilen; dießfalls sollte mehr der Deffentlichkeit Rechnung getragen werden, damit Jedermann wisse, wie weit die Kammerer mit dem Fonde disponiren können. Ueberhaupt scheine die Deffentlichkeit dießfalls nicht beliebt zu sein.

Herr Horak sagt, er sei überzeugt, daß der Herr Präsident zuverlässig auch den weitem Vorschuss leisten werde, stellt den Antrag: Die löbliche Handelskammer wolle beschließen, den Lehrern an der städtischen Knabenhauptschule zu St. Jakob in Laibach eine Remuneration für den, in den Schuljahren 1862/63 und 1863/64 an der Sonntagschule ertheilten Unterricht im Betrage von 150 fl. zu bewilligen.

Der Herr Vorsitzende fragt den Herrn Antragsteller, ob derselbe nicht erwarte, daß auch von den Lehrern der Musterhauptschule in Laibach ein gleiches Ansinnen gestellt werden würde.

Herr K.-R. Horak erwiedert, daß diese Lehrer ihre Remuneration bereits aus der städtischen Kassa erhalten.

Herr Ersatzmann Schwentner erhält sonach das Wort, und unterstützt den Antrag des Herrn K.-R. Horak, indem er in einer längeren Rede darthut, daß die gegenwärtigen Schulen zwar ihre Pflicht erfüllen, daß jedoch unsere Gewerbe deßhalb darnieder liegen, weil seit vielen Jahren für die Heranbildung der Lehrlinge nichts geschehen sei. Der Redner führt an, er führe schon längere Zeit von Seite der Kammer im Vereine mit einem zweiten Kammermitgliede die Inspektion über den Gewerbe-Schulunterricht, und er habe immer gefunden, daß sowohl der Unterricht fleißig besucht, und auch die Lehrer fleißig wären.

Die Kammer sei ein Institut, welches vor Allem berufen ist, den gewerblichen Unterricht so viel als möglich zu fördern; dieß kann durch eine Aufmunterung der Lehrer am besten geschehen.

Für den Besuch der Londoner Industrie-Ausstellung sei, womit er nie einverstanden war, so viel Geld ausgegeben worden, und man sehe hiefür nur traurige Erfolge. Es sei allgemein zu hören, der Gewerbebestand in Laibach liege darnieder, und indem Redner in dem Mangel eines erforderlichen Schulunterrichtes, das Darniederliegen unserer Gewerbe erblicken will, unterstützt er den Antrag des Herrn K.-R. Horak.

Indem diesen Antrag noch Herr K.-R. Supan unterstützt, wird derselbe einhellig angenommen.

Nachdem dieser Antrag angenommen war, spricht Herr Schwentner den Wunsch aus, daß die Verhältnisse der Kammerkasse derartig geordnet werden, daß Niemand genöthigt wäre, an dieselbe einen Vorschuss zu leisten.

Herr K.-R. Pleiweiß erachtet die Aufstellung eines Comité's für zweckmäßig, welches zu berathen haben wird, in welcher Weise die bewilligte Beitragsleistung, sei es durch Ersparniß im Präliminare oder durch Erhöhung der Umlage einzubringen wäre.

Herr Schwentner wünscht, daß dieser Gegenstand auf die nächste Tagesordnung gesetzt werde.

Herr K.-R. Horak wünscht, daß mit jedermaliger Einladung zu einer Kammeritzung ein Monats-Ausweis über die Activa und Passiva der Kammer jedem Kammererthe eingehändig werde.

2. Herr K.-R. Supan bemerkt, er habe einen Dringlichkeits-Antrag zu stellen, und nachdem von Seite des Herrn Vorsitzenden ihm das Wort ertheilt wird, bemerkt Herr Redner wörtlich Folgendes:

So lange ich die Ehre habe, Handelskammer-Rath zu sein, werde ich stets nach meinem Gewissen meine Pflicht erfüllen, obgleich mir meine vielseitigen Geschäfte kaum erlauben werden, für die Dauer diese Ehrenstelle zu behalten.

Bekanntlich sind in unserem Kammerbezirke, in unserem armen Kronlande Krain, seither über 26000 Schätzungen und Feilbietungen für die Einbringung der Steuern vorgenommen worden.

Meine Herren! ich bin so gewiß so ein guter Patriot, als man es nur sein kann, allein ich frage, wohin werden diese überstürzten Steuer-Ezekutionen führen? Zum wiederholten Male habe ich mich ausgesprochen, daß unter den überbündeten Lasten u. s. w. Alles verarmen muß.

Die belastenden Stempelgebühren allein nehmen oft bei geringen Erwerbszweigen von vornhin den geringen Gewinn weg. Ich wäre, nehmen Sie, meine Herren, ruhig die Ueberzeugung hin, ganz gewiß in der Lage, die Uebelstände dieser Maßregeln in's wahre Licht zu stellen, insbesondere aber, was die Einkommensteuer betrifft; allein, ich glaube, bei der Einsicht der verehrten Herren Kammererthe nicht nothwendig zu haben, weitere Erläuterungen zu machen, und stelle daher folgenden Antrag:

Die löbliche Handels- und Gewerbekammer wolle sich betreffenden Orts durch das hohe Handelsministerium an das Finanzministerium verwenden, daß die exekutiven Feilbietungen für Steuer-einbringung in unserem Kammerbezirke wenigstens für ein Jahr sistirt werden mögen.

ad 2. Herr K.-R. Pleiweiß fragt den Herrn Supan, welche Steuern er meine?

Herr K.-R. Supan erwiedert: alle Steuern.

Herr K.-R. Horak bemerkt, Herr K.-R. Supan habe um 10.000 Steuer-Ezekutionen zu wenig angegeben, es seien deren 36.000.

Indem Herr K.-R. Horak noch bemerkt, daß er mit dem Antrage des Herrn K.-R. Supan vollkommen einverstanden ist, führt er als Grund der Verarmung des hiesigen Gewerbebestandes noch die große Konkurrenz der Märkte und die Gewerbebefreiung ohne Basis an. Es werden, wie Redner hervorhebt, auch in den Zeitungen Gewerbsleute, welche ihre Steuern nicht zahlen können, nachdem sie ausgepfändet sind, dadurch an den Pranger gestellt, daß ihre Namen mit der Aufforderung veröffentlicht werden, die rückstän-

digen Steuern binnen einer bestimmten Frist zu zahlen, widrigens ihre Gewerbsrechte gelöst würden.

Nachdem das am Prangerstehen durch Se. Majestät den Kaiser Ferdinand bereits aufgehoben wurde, so wäre das hohe k. k. Finanzministerium zu bitten, daß diese Aufforderungen in der Zeitung in Zukunft unterbleiben mögen.

Schließlich unterstützt Herr K.-R. Horak den Antrag des Herrn K.-R. Supan, welcher Antrag einstimmig zum Beschlusse erhoben wurde.

Sonach wurde die Sitzung geschlossen.

Handels- und Gewerbekammer für Krain.

Laibach am 14. Februar 1865.

Anton Samassa,

Vize-Präsident.

J. U. Dr. Ant. Uranitsch,
Sekretär.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Original-Telegramm.

Wien, 25. Februar. Der Finanz-ausschuß fragt das Ministerium schriftlich um Angabe der Zifferansätze zu Ersparungen in den einzelnen Stats und unter welchen Voraussetzungen das Ministerium diese Ersparungen für thunlich halte. Der Finanz-ausschuß beschließt ferner trotz Note des Staatsministeriums die Detailberathung des Budgets pro 1865 fortzusetzen.

Frankfurt, 23. Februar. Ein Telegramm des „Frankf. Journals“ aus Mannheim berichtet: Ein von Alerikalen hier abgehaltenes Wanderkasino, von etwa 3000 auswärtigen Parteimitgliedern besucht, wurde durch Volksmassen zerprengt. Die Alerikalen flohen nach Ludwigshafen, von den Volksmassen verfolgt. Die Ruhe ist hergestellt.

Berlin, 23. Februar. Die Budgetkommission berieth in ihrer heutigen Sitzung über die zum Generalberichte gestellten Anträge. (Siehe Morgenblätter vom 17. Februar.) Die Anträge 1, 2, 3 und 4 wurden angenommen; Antrag 3 mit dem Zusatz: „und Verbesserung des Soldes der Unteroffiziere und Gemeinen.“ Alsdann wurde die Sitzung vertagt.

Birchow stellte einen neuen Antrag u. z.: 7. „Das Haus fordert die Staatsregierung auf, den vorgelegten Entwurf zurückzuziehen und einen neuen Etat gemäß den Anträgen 1 bis 6 vorzulegen.“

Berlin, 22. Februar. (N. Fr. Pr.) Eine von den Herren v. Bismarck und v. Dubiel unterzeichnete Puntation in der schleswig-holstein'schen Angelegenheit ist heute mittelst Couriers nach St. Petersburg befördert worden. Es heißt, daß in derselben Veränderungen in Bezug auf die Provinz Posen vorgehen seien.

Breslau, 23. Februar. (N. Fr. Pr.) Nachrichten aus Petersburg, 21. d., melden: Eine gestern vom Kaiser empfangene Deputation Moskauer Kaufleute und Fabrikanten dankte dem Czaren für die Zurechtweisung des Adels. Aehnliche Deputationen aus anderen Städten werden erwartet.

Gerüchweise verlautet, Alexander Herzen habe sich hier zwei Tage hindurch aufgehalten und habe Begegnungen mit namhaften Persönlichkeiten gehabt.

Turin, 23. Februar. Der König ist heute um 2 Uhr Nachmittags, vom General Lamarmora begleitet, hier eingetroffen. Die Prinzen des k. Hauses, die Minister, das Municipium und die Nationalgarde waren zum Empfange am Bahnhofe anwesend. Der König wurde mit lebhaften Zurufen begrüßt.

Petersburg, 23. Februar. Das „Journal de St. Petersburg“ dementirt die leztlich eingelangte Depesche aus Bombay vom 28. Jänner, indem es schreibt: Seit dem Jahre 1858 habe sich kein Gesandter Rußlands in Buchara befunden. Tschakend sei nicht im Besitze Rußlands, daher es für letzteres unmöglich, dort Steuern zu erheben. Die Nachricht vom Baue einer Straße nach Buchara sei unrichtig.

Petersburg, 23. Februar. Rußland beantwortete als Schutzmacht den Antrag der Türkei auf Amnestie der 1860 in Folge der syrischen Christenmezelei Verurtheilten abschlägig.

Theater.

Heute Samstag: Zum ersten Male:

Eine Mutter im Irrenhause.

Charakterbild in drei Abtheilungen von Fr. Wagner.

Morgen Sonntag:

Sicher! vulgo Dimez, der Schrecken von Krain.

Charaktergemälde mit Gesang in 2 Abtheilungen und 6 Bildern nebst einem Vor- und Nachspiel von Jakob Alešove und Ludwig Gabrieli.